Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig
Steffen Kühhirt
auf der ersten genehmigten Kundgebung des Neuen Forum in Leipzig am Samstag, 18. November 1989

https://archive.org/details/1989-11-18_IFM-Leipzig_Steffen-Kuehhirt_Kundgebung-des-Neuen-Forum

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger!
Der Stand der Verwirklichung der Menschenrechte ist ein entscheidender Indikator für den Zustand einer Gesellschaft. Aus diesem Grund ist die Behandlung von Menschenrechtsfragen ein Arbeitsschwerpunkt der Initiative Frieden und Menschenrechte. Davon ausgehend setzen wir uns für die Verwirklichung dieser Grundrechte ein. Das heißt für uns: Wir fordern Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Die Verbesserung der Bedingungen und der menschenwürdigen Bedingungen in der Untersuchungshaft und im Strafvollzug der DDR. Wir fordern das Recht auf Bildung! Wir fordern das Recht auf Arbeit!
Die Initiative Frieden und Menschenrechte, die sich nicht als eine Massenbewegung versteht, sondern als ein unabhängiges informelles Netzwerk, informiert die Öffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen und versucht, den Opfern materiellen und moralischen Beistand zu leisten. Bei Bekanntwerden eklatanter Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel Inhaftierungen, setzen wir uns für die Freilassung und Rehabilitierung ein.
In diesem Zusammenhang weisen wir noch einmal darauf hin, daß Jens-Uwe Drescher und Kai Kuhlmann immer noch im Strafvollzug festgehalten werden. Sie wurden am 7. August zu 10 und 18 Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Beide hatten in den Morgenstunden des 2. Mai etwa 50 Plakate zur Wahl in der Leipziger Innenstadt angebracht. Beide wurden nach dem § 218 Abs. 1 und 3 des StGB [Strafgesetzbuches] der DDR verurteilt.
Der Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig ist im Zusammenhang mit der verkündeten Amnestie bekannt geworden, daß sie nicht auf alle politischen Gefangenen zutrifft. Der wegen eines Fluchtversuchs an der innerdeutschen Grenze festgenommene Reinhard Büchse, der seit 15 Monaten in Karl-Marx-Stadt [heute wieder Chemnitz] in Haft sitzt, erfuhr am 7. November, daß er nicht amnestiert wird. Er wurde wegen § 213 Abs. 3 Ziffer 2 verurteilt und fällt somit nicht unter die Amnestie. Die Ziffer 2 des Absatzes 3 besagt die „Anwendung gefährlicher Hilfsmittel“. In seinem Fall bedeutet das die Mitführung zweier selbstgebauter Leitern und die Anwendung von Tarnsachen. Er hat noch 7 Monate im Strafvollzug abzusitzen. Nach Aussagen betrifft so eine Auslegung der Amnestie zirka 40 Personen bei ungefähr 300 politischen Häftlingen im Karl-Marx-Städter Strafvollzug.
Die Initiative Frieden und Menschenrechte fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen in der DDR.
Die Arbeit der Initiative Frieden und Menschenrechte ist aber nur gewährleistet, wenn wir Informationen von Betroffenen oder deren Verwandten, Freunden oder Kollegen erhalten.
Kontakte in Leipzig sind: Rainer Müller in der Mariannenstraße 46 und Frank Richter in der Kazmierczakstraße 18. Vielen Dank!

Ansprachen auf der ersten genehmigten Kundgebung des Neuen Forum in Leipzig am 18. November 1989. In: Demo-Reminiszenzen. (pro vocation 1) Union Verlag Berlin, 1990, ISBN 3-372-00381-0, S. 52–79.
https://archive.org/details/1989-11-18_neues-forum-leipzig_ansprachen-erster-legaler-kundgebung_52-79